

## **NRW braucht einen Neuanfang!**

**Der Landesverband der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalens stellt fest, dass das grün-rote Gewürge in Nordrhein-Westfalen dringend beendet werden muss. Dies sollte gerade in Anbetracht der desaströsen finanziellen Verhältnisse in den Kommunen NRWs, den überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenzahlen und den schlechten Ergebnissen der Schüler unseres Landes, kaum diskussionswürdig sein.**

### **Daher fordert der Landesverband der Jungen Liberalen NRW:**

1. Ministerpräsident Peer Steinbrück soll schnellstmöglich das grün-rote Stillstandsbündnis, ohne falsche Rücksichtnahme auf die bundespolitischen Begehrlichkeiten von Bundeskanzler Gerhard Schröder, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen beenden.
2. Ministerpräsident Peer Steinbrück soll schnellstmöglich Gespräche mit der FDP-Landtagsfraktion NRW aufnehmen und gemeinsame Leitlinien zur Bildung einer neuen Regierungskoalition, die endlich nach sieben Jahren grün-rotem Stillstand einen Neuanfang beginnt, festlegen.

### **Der Landesverband der Jungen Liberalen NRW fordert folgende Leitlinien bei der Bildung einer möglichen rot-gelben Regierungskoalition:**

#### **I. Bildung**

1. In einer Koalition des Neuanfangs muss die Bildungspolitik endlich einen angemessenen Stellenwert bekommen. Sie muss in der Landespolitik mit absoluter Priorität behandelt werden!
2. Um die nötigen Haushaltsmittel zur Beseitigung der dringlichsten bildungspolitischen Defizite zur Verfügung stellen zu können, sollen die Bildungsinvestitionen für mindestens fünf Jahre, jährlich um eine halbe Milliarde Euro erhöht werden.
3. Einführung des Abiturs nach 12 Schuljahren, damit NRWs Schüler auch international konkurrenzfähig werden.
4. Leistungsorientierte Bezahlung für Beamte und keine weiteren Verbeamtungen mehr von Lehrern und Hochschulprofessoren.

#### **II. Schlanker Staat**

1. Probleme werden am besten da gelöst werden, wo sie auch entstehen. Deshalb sollen auch zu aller erst die Kommunen das Recht haben ihre Probleme alleine zu lösen. Sie sollen erst dann die nächst höhere Verwaltungsebene anrufen müssen, wenn gar nichts mehr geht.

2. Schluss mit den unzähligen Zwangsausgaben, die die Haushalte der NRW-Kommunen unnötig belasten. Jede Kommune soll künftig selbst entscheiden können ob sie Parkgebühren erhebt, alle möglichen (Zwangs-)Beauftragten einstellt oder Teile ihres Haushalts für den sozialen Wohnungsbau bereit stellt.
3. Einführung des Konnexitätsprinzips, das besagt, dass jede Verwaltungsebene auch nur über die Maßnahmen abschließend entscheiden kann, deren Kosten sie auch selbst tragen muss.
4. Erweiterung der haushaltstechnischen Gestaltungsspielräume für die NRW-Kommunen, durch das Recht auf eigene Steuererhebung, sowie die Abschaffung der Regierungsbezirke und Landschaftsverbände, deren Kompetenzen an die Städte und Gemeinden abgegeben werden sollen.

### **III. Mobilität**

1. Es gibt eine Menge aufzuholen – Denn die Grünen haben viel zu lange durch ihre destruktive Blockadepolitik der Mobilität in NRW geschadet. Und deshalb: Ein uneingeschränktes Ja zum Metrorapid und ein uneingeschränktes Ja zum Ausbau des gesamten Hochgeschwindigkeitsnetzes in NRW.
2. Abschaffung und Aufhebung weiterer Mobilitätsbarrieren wie z.B. überflüssiger Tempolimit-Beschränkungen und Planungsstops von Bundesstraßen, Autobahnen und sonstigen Straßenbaumaßnahmen.
3. Wer hoch hinaus will, muss sich auch um den Flugverkehr kümmern. Deshalb müssen NRWs Flughäfen infrastrukturell wettbewerbsfähig werden und wo sie es bereits sind, auch bleiben. Dies gilt insbesondere für die Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Münster/Osnabrück.
4. Wo sich wirtschaftliche und ökologische Interessen gegenüberstehen, sollen diese Konflikte durch die Prinzipien der ökologischen Marktwirtschaft gelöst werden. Das bedeutet, dass die Landespolitik ihre umweltbezogenen Steuer-, Abgaben- und Gebühreninstrumente an den Verbrauch von Umweltressourcen koppeln soll.